

Verbundprojekt „Sicherheitsaufgabe Kriminalprävention (AKTIO)“,

gefördert vom BMBF innerhalb der Förderinitiative „Anwender Innovativ“ im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“,

Teilvorhaben: Optimierung polizeilichen Handelns im Rahmen kommunaler Kriminalprävention (AKTIO Polizei), FKZ 13N15147 sowie

Teilvorhaben: Kriminologische Begleitung kommunaler Kriminalprävention (AKTIO Wissenschaft), FKZ 13N15148

Kurzfassung

Das im Juni 2021 abgeschlossene Projekt „Sicherheitsaufgabe Kriminalprävention (AKTIO)“, gefördert vom BMBF innerhalb der Förderinitiative „Anwender - Innovativ II“ im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ war ein Kooperationsprojekt zwischen dem Polizeipräsidium Mittelhessen und der Professur für Kriminologie der Justus-Liebig-Universität Gießen. Das Projekt zielte auf die Reduktion von Kriminalität und Unsicherheitsgefühlen in der Bevölkerung durch wirksame kriminalpräventive Maßnahmen ab. Kernelement von AKTIO war es, die kommunale Kriminalprävention zu analysieren und zu optimieren und eine Vernetzung zwischen Polizei, Kommune, Bürger/innen und der Wissenschaft zu fördern. Dafür wurden in vier ausgewählten hessischen Kommunen verschiedene Daten zur Kriminalitätsbelastung ausgewertet und mit den Ergebnissen repräsentativer Bevölkerungsbefragungen zu Opfererfahrungen und Kriminalitätsfurcht verglichen.

Entscheidend für problemorientierte kommunalpräventive Bestrebungen sind fundierte regionale Kriminalitätsanalysen. Auf Seiten des Anwenders (Polizei) stand deshalb die Frage im Vordergrund, wie die große Menge an polizeilichen Daten zielgerichtet, aber auch ressourcenschonend ausgewertet und interpretiert werden kann. Außerdem war die Organisation polizeilicher Prävention mit dem Schwerpunkt auf der kommunalen Kriminalprävention kritisch zu hinterfragen.

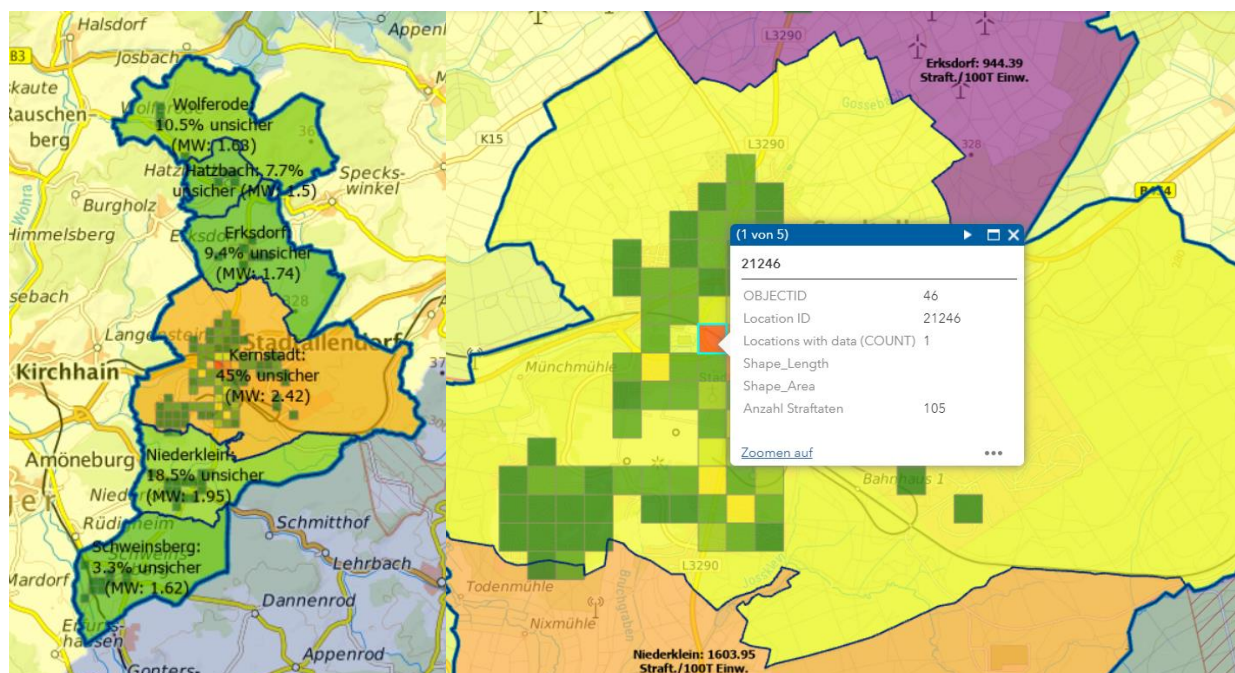


Abbildung: Wohngegendbezogenes Unsicherheitsgefühl bei Dunkelheit auf Stadtteilebene (links) und Rasteranalyse des polizeilichen Hellfeldes (rechts) am Beispiel einer untersuchten Kommune. ©Bild: HLKA Geoanalyseportal auf Basis der Software ArcGIS Web

Für das Polizeipräsidium Mittelhessen als Anwender konnte ein weiterführendes Ergebnis einer neuartigen Aufbereitung polizeilicher Daten erreicht werden, das jedenfalls für das Bundesland Hessen generalisierbar ist und einen Fortschritt für künftige Regionalanalysen als Grundlage polizeilicher Arbeit darstellt. Die Polizei verfügt über zahlreiche polizeiinterne Datenquellen, deren technische Aufarbeitung und Nutzung für Zwecke der polizeilichen Repression (Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten) und der Gefahrenabwehr aktuell im Umbruch ist. Im Projekt wurden die Informationen aus den verschiedenen internen Datenbanken auf sogenannte Rasterzellen der Kommunen heruntergebrochen, um mit raschem Blick die „Problembereiche“ einer Kommune im Hinblick auf Straftaten und besondere Vorfälle erkennen zu können (s. Abb.).

Eine solche Visualisierung bzw. Georeferenzierung ist genauso gelungen wie die Darstellung zahlreicher kriminalistisch relevanter Aspekte auf einer Oberfläche. Diese Umsetzung der technischen Neuerungen wird die künftige polizeiliche Arbeit für Repression und Prävention gravierend erleichtern. Es wurde also die Möglichkeit einer kleinräumigen Visualisierung der objektiven Kriminalitätsbelastung erreicht. Diese kann zudem mit Erkenntnissen aus den Bevölkerungsbefragungen zum Sicherheitsgefühl sowie zu wahrgenommenen Angsträumen und Viktimisierungserfahrungen abgeglichen werden. Erklärende Informationen lassen sich durch anklickbare Feldinformationen ergänzen.

Der wissenschaftliche Partner, die Professur für Kriminologie der Justus-Liebig-Universität Gießen, hat sich – neben der Durchführung von repräsentativen Bevölkerungsbefragungen – mit dem persönlichen Anforderungsprofil an polizeiliche Präventionskräfte und der Nutzung wirkungsorientierter kriminalpräventiver Maßnahmen auf der kommunalen Ebene befasst.

Die Ergebnisse betreffen auf Seiten des Anwenders neue Auswertungs- und Darstellungsmöglichkeiten polizeilicher Hellfelddaten mit kleinräumigem Bezug zu den Kommunen. Dabei zeigte sich, dass die meisten Straftaten und Sicherheitsprobleme in einer Kommune sich auf einen sehr geringen Teil der Gesamtfläche beschränkt und durch die Zusatzinformationen zu Kriminalität und Unsicherheitsgefühlen eine ganz neue Basis für die kommunale Kriminalprävention bietet. Bevölkerungsbefragungen haben gegenüber manchen Vorbehalten hinsichtlich der Aussagekraft einen hohen Nutzen, da sie die Problembereiche einer Kommune recht deutlich und realistisch benennen.

Erforderlich sind jedoch polizeiliche organisatorische Umstrukturierungen, da die Präventionsarbeit künftig viel stärker durch Problemanalysen und räumlichen Bezug bestimmt sein muss. Hinsichtlich der Kommunen gilt die „alte“ Erkenntnis der Notwendigkeit einer Vernetzung der relevanten kommunalen Akteure und der Bildung von kleinen Entscheidungsgremien. Es stellte sich klar heraus, dass der Aufwand nur lohnt, wenn Kommunen ein echtes Interesse an Problemerkennung und entsprechenden Lösungsversuchen zeigen. Leider ist der Wissensstand von Polizei und Kommunen über geeignete und ungeeignete kriminalpräventive Maßnahmen und die Auswahl der problemorientierten Maßnahmen noch immer gering. Kenntnisse über evidenzbasierte Wirkungsforschung bestehen kaum. Hier werden Publikationen und Handreichungen ansetzen.